



**BASLER MISSION
DEUTSCHER ZWEIG E.V.**

Basler Mission Deutscher Zweig e.V. | Vogelsangstraße 62 | D - 70197 Stuttgart

Vogelsangstraße 62 | D - 70197 Stuttgart

Tel. +49 711 636 78 -0 **Durchwahl -25**

Fax +49 711 636 78 - 2005

E-Mail stahl@ems-online.org

www.basler-mission.de

Bankverbindung

Evangelische Bank eG

Konto 1180 | BLZ 520 604 10

IBAN DE91 5206 0410 0000 0011 80 | BIC GENODEF1EK1

Stuttgart, den 16.06.2018

Aufruf zur Achtung der Menschenrechte in Kamerun

An die Bundestagsabgeordneten der Wahlkreise der Kamerun-Partnerschaften in
Markgräfler Land
Breisgau Hochschwarzwald
Ravensburg
Tübingen
Göppingen
Heidenheim
Öhringen
Freudenstadt
Witzenhausen

in Berlin:

Herrn Dr. Helge Braun, Kanzleramtsminister

Herrn Dr. Günther Nooke, Afrikabeauftragter der Bundesregierung

Frau Dr. Maria Flachsbarth, Parlamentarische Staatssekretärin BMZ

Herrn Michael Grimm, Auswärtiges Amt, Referat 321

Sehr geehrte Damen und Herren,

Am Samstag 16. Juni 2018 fand in Stuttgart das Partnerschaftsseminar Kamerun der Basler Mission Deutschland statt. Uns Teilnehmenden aus den Partnerschaftsgruppen der Kirchenbezirke Tübingen, Göppingen, Heidenheim, Öhringen, Ravensburg, Freudenstadt, Breisgau-Hochschwarzwald, Markgräfler Land und Witzenhausen, kamerunische Gäste aus Stuttgart, Berlin und Nashville sowie eine kamerunische Delegation aus Douala verbindet ein seit vielen Jahren bestehendes Interesse und Engagement für unsere kamerunischen Partnerkirchen und die tiefe Sorge um die Menschen in Kamerun. Dort laufen zahlreiche von uns finanzierte Partnerschafts-Projekte, die jetzt auf Grund von Unruhen nicht weitergeführt werden

können bzw. zerstört werden. Aus erster Hand wurden wir von unseren Partnern aus Kamerun sowie der kamerunischen Diaspora über die äußerst besorgniserregende Situation in den anglophonen Provinzen ihres Heimatlandes informiert.

Im englischsprachigen Teil Kameruns werden von Angehörigen der Regierungsarmee seit Monaten Menschen umgebracht, Dörfer niedergebrannt und Lebensgrundlagen von Menschen zerstört. Hintergrund ist ein Streik vom November 2016 für die Beibehaltung der englischen Sprache als Unterrichts- und Amtssprache sowie des common law Systems in den Anglophonen Provinzen. Die überwiegend friedlichen Demonstrationen, anfangs verbunden mit dem Ruf „No Violence“ und dem Tragen von peace plants (der traditionellen Friedenspflanze), wurden von der Regierung von Anfang an mit Gewalt und monatelanger Internetsperrung für die Anglophonen beantwortet. Nachdem mehrere Demonstranten am 22. September 2017 und 1. Oktober 2018 von der Armee erschossen und hunderte Demonstranten und Aktivisten verhaftet wurden, radikalisierte sich die Protestbewegung. Es kam zu Anschlägen auf Militär und Gendarmerie, vereinzelt auch auf Zivilpersonen. Wir setzen uns für die Zivilbevölkerung im anglophonen Kamerun ein, die ein Ende der Gewalt und die Aufnahme eines Dialogs mit dem Ziel des gegenseitigen Respekts und friedlichen Zusammenlebens wünscht (Justice and Peace).

Erst kürzlich hat Amnesty International die sich zuspitzende Lage ausführlich in einem Bericht beschrieben: „A TURN FOR THE WORSE: VIOLENCE AND HUMAN RIGHTS VIOLATIONS IN ANGLOPHONE CAMEROON“ (Anlage 5). Die Lage von den im AI-Bericht genannten 20.400 kamerunischen Flüchtlingen in Nigeria und mehr als 150.000 IDP (internally displaced persons) in Kamerun ist prekär. Bereits im Dezember 2017 ordnete der Senior Divisional Officer (SDO, von der Regierung ernannter Verwalter) für Manyu die Evakuierung von 15 Dörfern in der South West Region an (Anlagen 1+2), ohne zu definieren, wo die Menschen sicher sein würden. Von denen, die zurückblieben, wurden viele von der kamerunischen Armee getötet entsprechend dem Dekret des SDO, in dem es heißt: „they will be treated as accomplices or perpetrators of ongoing criminal occurrences“. <http://www.cameroonintelligencereport.com/southern-camerouns-war-nigerian-and-cameroonian-troops-clash-at-otu-border/>

<http://www.cameroonintelligencereport.com/cross-river-hosts-21-000-refugees-from-southern-camerouns/>

Die hier dokumentierte Praxis, die Bevölkerung von unzähligen Dörfern einschließlich der wehrlosen Frauen, Kindern und alten Menschen zur Flucht zu zwingen oder zu töten bedeutet eine schwere Verletzung der Genfer Konvention (Zusatzprotokoll zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über den Schutz der Opfer nicht internationaler bewaffneter Konflikte/Protokoll II). Die aktuell andauernde Regenzeit verschärft die Situation, denn die Menschen werden gezwungen sein, den Busch zu verlassen, in welche Richtung auch immer. Schon jetzt leiden viele Menschen unter Hunger, Lungenentzündung und Malaria.

Unsere besondere Sorge gilt den Menschen in der Region zwischen Kumba und Nguti, mit denen die Kirchenkreise Witzenhausen (EKKW) und Markgräfler Land (EKiBa) seit über 25 Jahren Partnerschaften pflegen. Nach glaubhaften Aussagen unserer Partner sind praktisch alle Menschen aus ihren Dörfern in den Regenwald geflohen. Es wird berichtet, dass Soldaten auf der einzigen Straße patrouillieren, wahllos auf jeden schießen, der sich zeigt, und außer den Häusern gezielt Lebensmittelvorräte, Ernten und die Motorräder zerstören, die das wichtigste Verkehrsmittel und zugleich Einnahmequelle der jungen Männer sind.

Mit größter Sorge erfüllt uns, dass am 23. Mai 2018 das Regenwald-Krankenhaus in Manyemen (SouthWest Region) von der Armee angegriffen wurde. Das Personal musste fliehen und die medizinische Versorgung ist zusammengebrochen. Hilfstransporte in die Regionen werden nicht zugelassen und internationalen Organisationen ist der Zugang in die Region verwehrt. Derzeit werden außerdem gezielt die Sendemasten

für das Mobilnetz und somit auch für das Internet zerstört. Dieses Krankenhaus in Manyemen ist für die ländliche Bevölkerung im weiten Umkreis die einzige Möglichkeit der Gesundheitsversorgung. Aufbau und Ausbau dieses für mehr als 10.000 Menschen elementaren Spitals sind das Ergebnis einer 60-jährigen Unterstützungsgeschichte von Missionarinnen, Ärzten und Spendern und Spenderinnen der Basler Mission Deutschland respektive Mission 21 in CH-Basel. Viel Herzblut und Spendengeld stecken in diesem für die einheimische Bevölkerung so zentralen Projekt, für das wir um Ihre besondere Fürsorge und Schutz bitten.

Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, dass deutsche Reisende und Freiwillige in Kamerun über die aktuelle Sicherheitslage informiert und gegebenenfalls zur Ausreise aufgefordert werden. Solche Fürsorge würden wir uns auch den kamerunischen Bürgerinnen und Bürgern gegenüber wünschen.

Unsere kamerunischen Gesprächspartner beklagten bei dem Partnerschaftsseminar in Stuttgart besonders das „Schweigen Europas“ und die mangelnde Solidarität mit ihren englischsprachigen Landsleuten. Wir machen uns mit unseren langjährigen Partnern in Kamerun solidarisch in der Forderung nach sofortiger humanitärer Hilfe für die mehr als 20.000 Geflüchteten und über 140.000 Internally Displaced People (IDP) in Kamerun sowie der Aufnahme ernsthafter Gespräche mit der kamerunischen Regierung mit dem Ziel, die Spirale sinnloser Gewalt in Kamerun zu stoppen.

Daher bitten wir unsere Regierung und Sie als Angehörige des deutschen Bundestags dringend darum, alles in Ihrer Macht Stehende zu unternehmen, um

- die Wiederaufnahme des Betriebs Krankenhaus Manyemen schnellstmöglich zu erreichen
- auf die Regierenden und Oppositionellen in Kamerun nachhaltig einzuwirken mit dem Ziel: Stopp der Gewaltspirale und Aufnahme eines Dialogs der Konfliktparteien zur friedlichen Konfliktlösung
- im Kontakt mit der französischen Regierung sich für runde Tische einzusetzen, an denen Vertreter der Konfliktparteien ohne Angst vor Repressalien den Dialog aufnehmen können (safe space)
- so schnell wie möglich Schutz und Unterstützung für die ihrer Heimat Beraubten und aus ihren Dörfern Vertriebenen zu gewähren.

Die Sorge um Menschenleben und die Einhaltung der Menschenrechte muss Vorrang haben gegenüber wirtschaftlichen Eigeninteressen. Uns ist bewusst, dass ein Teil der aktuell ca. 170.000 ihrer Heimat beraubten Menschen Kameruns den Weg nach Europa suchen werden, wenn der Konflikt nicht bald gelöst wird. Auch im Sinne von „Fluchtursachen vor Ort bekämpfen“ finden wir es notwendig, dass die Bundesregierung nun handelt.

Für weitere Informationen aus erster Hand oder die Vermittlung geeigneter Kontakte und kamerunischer Gesprächspartner stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Stahl, Pfarrer, Partnerschaftsordinator Basler Mission Deutschland

Dorothee Holzapfel, Pfarrerin, Hessisch-Lichtenau, Kirchenkreis Witzenhausen

Dr. Augustine Mofor, Physiker, vormals Vorsitzender PCC Europa

Margarete Wolf, Oberstudienrätin, Tübingen

Prof. Dr. Mapepe Molo, Soziologe, Brüssel

und Teilnehmende PS Kamerun in Stuttgart am 16.06.2018 entsprechend beigefügter Unterschriftenliste